

König eröffnet Gemäldegalerie

Mauritshuis in Den Haag erweitert

VON ANNETTE BIRSCHEL

Den Haag. Sie ist zurück von ihrer Welttournee und so frisch wie immer. Die Augen strahlen, die Lippen glänzen feucht, und matt schimmert die Perle am Ohr: Das „Mädchen mit dem Perlenohrring“ ist wieder zu Hause im Mauritshuis in Den Haag. Über 2,3 Millionen Menschen von Japan bis in die USA hatten das berühmte Gemälde von Johannes Vermeer in den vergangenen zwei Jahren bewundert. In dieser Zeit wurde sein Zuhause für rund 30 Millionen Euro umfassend erneuert und erweitert. Am Freitag, 27. Juni, wird König Willem-Alexander die königliche Gemäldegalerie neu eröffnen. Nach über zweijähriger Bauzeit strahlt das Mauritshuis im alten Glanz. Das Schatzkästchen, wie das alte ockerfarbene Stadtpalais in der königlichen Residenz genannt wird, beherbergt in jedem seiner Säle Juwelen der Malerei des 17. Jahrhunderts. Die Wände wurden neu mit kostbaren Stoffen bespannt, vor den großen Fenstern hängen neue Vorhänge, das alte Holz der Freitreppe ist frisch lackiert und die Farben der Deckengemälde strahlen wieder. Das Mauritshuis wurde nicht nur restauriert, auch seine Ausstellungsfläche wurde verdoppelt. Der renommierte Architekt Hans van Heeswijk entwarf ein modernes Foyer mit allen Einrichtungen, die Besucher von einem Museum im 21. Jahrhundert erwarten.

Der Eingangsbereich verbindet das alte Gebäude auch mit dem neuen Trakt, ein Gebäude im Art-déco-Stil auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Im neuen Haus ist nun Platz für ein Restaurant und für Sonderausstellungen. Das Mauritshuis besitzt mit seiner relativ geringen Anzahl von 800 Gemälden eine der wichtigsten Sammlungen holländischer Meister des 17. Jahrhunderts, des Goldenen Zeitalters.

Gemeinsam mit dem Reichsmuseum in Amsterdam, der National Gallery in London und der Gemäldegalerie in Berlin gehört es zur Weltspitze. Der Star der Sammlung ist zweifellos Vermeers Mädchen in seinem orientalischen Fantasiekostüm mit der einen schimmernden Perle am Ohr.

Weg für neues Beethoven-Haus frei

Bonn. Die Stadt Bonn hat nach jahrelangen Diskussionen die Weichen für ein neues Beethoven-Festspielhaus gestellt. Das Konzerthaus soll neben der alten Beethovenhalle gebaut werden. Der Stadtrat gab ein dafür vorgesehenes städtisches Baugrundstück am Rheinufer frei. Die Deutsche Post kann nun als privater Geldgeber die von ihr geplante Architektauswahl beginnen. Die jetzt anvisierte Lösung mit einem erstklassigen Konzerthaus direkt bei der denkmalgeschützten Beethovenhalle ist kostengünstiger als frühere Pläne. Der Bau soll ausschließlich privat finanziert und rechtzeitig zum 250. Geburtstag Beethovens im Jahr 2020 fertiggestellt werden. Die Deutsche Post will sich – als Hauptinvestor – mit maximal 30 Millionen Euro beteiligen und bekräftigte diese Zusage. Die Gesamtfinanzierung von geschätzt mindestens 70 Millionen Euro ist allerdings nicht gesichert. Die Stadt übernimmt nach dem gefassten Ratsbeschluss Kosten von bis zu 4,39 Millionen Euro, um das Areal baureif zu machen. Die alte Beethovenhalle soll saniert werden und mit dem Festspielhaus einen „Beethoven-Campus“ bilden. Für den Betrieb eines Festspielhauses hat der Bund bereits 39 Millionen Euro zugesagt.

Zum Artikel „Seehofer: Mindestlohn für alle“ vom 15. Juni:

Wasserträgerin Merkel

Wir waren kürzlich in Irland. Dort ist der Mindestlohn 8,65 Euro; wie lange schon, habe ich nicht gefragt.

Bei uns hat die „mächtigste Frau der Welt“ es noch nicht einmal hinbekommen, nach einem Vierteljahrhundert Wiedervereinigung für ihre ehemaligen ostdeutschen Landsleute den gleichen Lohn und die gleiche Rente zu schaffen. Sie möchte die Kanzlerin aller Deutschen sein und ist doch allenfalls nur die Wasserträgerin der Lobbyisten.

PETER LANGE, BREMEN

Zum Artikel „Automaten an die Arbeit“ vom 23. Juni:

Automatensteuer einführen

Wissen unsere Politiker denn nicht, dass Roboter keine Konsumenten sind, diese aber immer mehr den konsumierenden Menschen aus der Arbeitswelt verdrängen? Ende der Achtzigerjahre war seitens der Politik die Einführung einer Automatensteuer geplant, die aber auf Druck der Industriellloby wieder verworfen wurde.

Die Automatisierung wird in Zukunft noch mehr Arbeitsbereiche erfassen, deswegen ist es umso wichtiger, dass seitens des Europäischen Parlaments für alle EU-

Kulturloge oder Kulturticket – Menschen mit wenig Geld sollen vom kulturellen Leben nicht ausgeschlossen werden. Dieser Satz ist in Reden von Politikern und Kulturschaffenden oft zu hören. Welche Modelle ermöglichen eigentlich kulturelle Teilhabe, und wie gehen die Verantwortlichen mit der Bedürftigkeit ihrer Klientel um? Für diese Frage haben sogenannte Kulturlogen eine eigene Antwort entwickelt, die wohl tuend dezent ausfällt.

VON JOACHIM GÖRES

Bremen-Marburg. Da Grundsicherung, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld nicht ausreichen, um sich teure Karten für Theater, Konzert oder Kino zu kaufen, gibt es verschiedene Modelle von Ermäßigungen, mit denen der Besuch von Kulturveranstaltungen dennoch ermöglicht werden soll. Oftmals ist die Resonanz darauf eher bescheiden – ein Grund für Hilde Rektorschek, sich Gedanken zu machen, wie man mehr Personen mit solchen Angeboten erreichen kann. Sie hat mit Mitstreitern 2009 in Marburg die Kulturloge gegründet und ist heute die erste Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Kulturlogen, dem mittlerweile Vereine in mehr als 20 Städten angehören.

Ein Grundsatz der Kulturlogen: Sie behandeln Menschen mit geringem Einkommen als Gäste. „Wir rufen bei ihnen an und laden sie zum Beispiel ins Theater, zu einer Musikveranstaltung oder zu einer Lesung ein, ganz nach ihrem Interessenschwerpunkt, den sie uns zuvor mitgeteilt haben. Wenn sie zusagen, wird die Karte an der Abendkasse auf ihren Namen hinterlegt. Niemand erfährt so, dass diese Person bedürftig ist“, sagt Rektorschek. Der direkte Kontakt spielt aus ihrer Sicht eine große Rolle – die ehrenamtlichen Kulturlogen-Mitarbeiter sind so auch immer eine Art Sozialarbeiter, die von den Sorgen und Nöten erfahren. Um die Hürden möglichst niedrig zu halten, sei es wichtig, alle Karten kostenlos abzugeben. Und es wird auf die Überprüfung der Bedürftigkeit verzichtet. „Wir arbeiten mit Sozialpartnern wie den Tafeln, der Diakonie und der Caritas, den Jobcentern, der Aids-Hilfe oder Frauenhäusern zusammen. Dort kann man sich für die Kulturloge anmelden. Die kennen ihre Leute und leiten die Anmeldung an uns weiter“, sagt Rektorschek.

Bremen nur bedingt freigiebig

In Marburg stiften inzwischen 50 Veranstalter regelmäßig Freikarten und werben unter dem Motto „Wir machen mit“ für ihre Aktivitäten als Unterstützer der Kulturloge, darunter auch zahlreiche private Veranstalter wie Kinos oder der örtliche Basketballbundesligist. Rund 2000 Karten kön-



Engagiert sich deutschlandweit für die Vergabe kostenloser Kulturtickets: Hilde Rektorschek, die Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Kulturlogen. FOTO: JOACHIM GÖRES

nen so jährlich in der 72 000 Einwohner zählenden Unistadt kostenlos vergeben werden. Zum Vergleich: Im wesentlich größeren Bremen werden jährlich keine 1500 stark ermäßigte Karten an Besitzer des Kulturtickets verkauft, das von einem Dutzend Veranstaltern akzeptiert wird. Wer seine Bedürftigkeit nachweist, kann sich seit

2010 das Bremer Kulturticket bei den Jobcentern oder den Sozialzentren kostenlos besorgen. 53 000 Bremer hätten einen Anspruch darauf – wie viel Kulturtickets bislang vergeben wurden, wird laut Kulturbehörde nicht erhoben. Dafür weiß man, dass 2012 – neuere Zahlen gibt es nicht – 1363 Karten für drei Euro mit dem Kulturticket

Ex-Intendant und Burgtheater vor Gericht

Matthias Hartmann fordert von seinem früheren Arbeitgeber Entschädigung in Millionenhöhe

Wien. Der im März gefeuerte Intendant Matthias Hartmann streitet seit Dienstag vor Gericht gegen das Wiener Burgtheater. Der 50 Jahre alte Deutsche fordert von der „Burg“ rund zwei Millionen Euro, da er seine Kündigung für unberechtigt und unwirksam hält. Sein früherer Arbeitgeber hatte ihm vorgeworfen, seit Jahren von der undurchsichtigen Buchführung des Hauses gewusst zu haben und ihn fristlos entlassen. Die Bühne hatte in der Spielzeit 2012/13 einen zweistelligen Millionenverlust verbucht. In Folge der finanziellen

Schieflage wurde in der folgenden Spielzeit unter anderem die Zahl der Premieren reduziert. „Die Frage wird sein, ob Hartmann seinen Geschäftsführerpflichten nachgekommen ist oder nicht“, kündigte die Vorsitzende Richterin Kristina Heissenberger an. Im Laufe des Prozesses sollen dazu rund 30 Zeugen gehört werden. Der von Hartmann eingeklagte Betrag setzt sich aus einer Kündigungsentschädigung, offenen Gagen und Zahlungen aus seinem bis Ende August 2019 laufenden Vertrag zusammen. „Es wurde der Ruf meines Man-

danten massiv beschädigt“, sagte Hartmann-Anwalt Georg Schima. Er erhoffte sich von dem Prozess Gerechtigkeit, Transparenz und Klarheit, sagte Hartmann. Einen Vergleich lehnten beide Parteien zum jetzigen Zeitpunkt ab. Die nächsten Verhandlungstermine wurden für den 24. und 25. September angesetzt. Zuvor soll ab Freitag, 27. Juni, noch eine separate Klage verhandelt werden. Darin geht es um die aus Sicht der Theater-Holding rechtswirksam zustande gekommene Vertragsverlängerung für Hartmann im Jahr 2012.

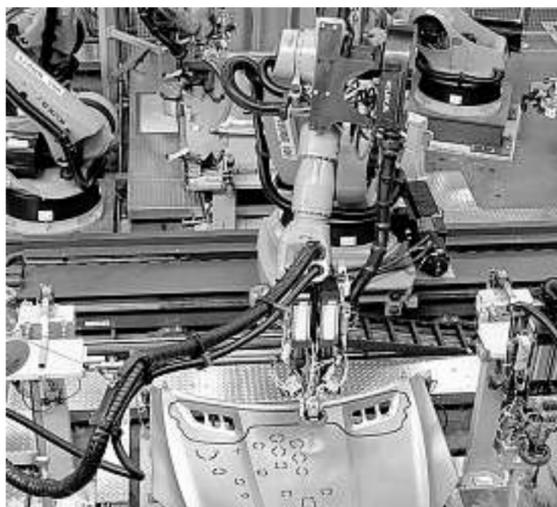
Buchhandel ruft Bundeskartellamt an

Frankfurt/Main. Im Streit um die Marktmacht von Amazon hat der Börsenverein des Deutschen Buchhandels gegen den Online-Händler Beschwerde beim Bundeskartellamt eingereicht. Nach Angaben des Verbands verzögert Amazon seit Anfang Mai die Auslieferung von gedruckten Büchern der Verlagsgruppe Bonnier (Ullstein, Piper, Carlsen), um höhere Rabatte beim Einkauf von E-Books zu erzwingen. „Wir fordern das Bundeskartellamt auf, das Vorgehen von Amazon zu unterbinden“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins, Alexander Skipis.

LESERMEINUNG

Staaten schnellstmöglich eine Automatensteuer eingeführt wird. Unsere weltweit produzierende Industrie interessiert es überhaupt nicht, wenn unser Staat auf Grund des Wegfalls von Arbeitsplätzen immer mehr Menschen den Lebensunterhalt finanzieren muss. Als Folge, dass Ländern und Kommunen immer weniger Geld zum Erhalt der Infrastruktur zur Verfügung

steht. Stattdessen würde die Einführung einer Automatensteuer wieder Arbeitsplätze schaffen, nämlich dann, wenn ein großer Teil dieser Steuer zweckgebunden den Ländern und Kommunen für den Ausbau der Infrastruktur, der Pflege von Parks und Grünanlagen zur Verfügung steht. Hier besteht auch in Bremen reichlich Nachholbedarf. HERBERT SCHEFFLER, BREMEN



Die fortschreitende Automatisierung in der Industrie wird zukünftig noch mehr Arbeitsbereiche erfassen. Leser Herbert Scheffler ist der Meinung, dass deshalb in der EU schnellstmöglich eine Automatensteuer eingeführt werden sollte. Roboter seien schließlich keine Konsumenten. FOTO: DPA

Zum Artikel „Ärger mit Anwohnern“ vom 21. Juni:

Sportplatz oder Hähne

Über solch einen Anwohner kann ich nur den Kopf schütteln. Wir sollten heute in unserer Gesellschaft froh ein, dass es Angebote für Kinder und Jugendliche gibt, sich körperlich zu betätigen und Sozialkontakte pflegen zu können, anstatt Stunden vor dem PC zu verbringen.

Sicher kann auch der Lärm stören, aber das überlege ich mir vorher, bevor ich in eine Wohnung in die Nähe eines Sportplatzes ziehe. Alternativ kann ich mir eine Wohnung auf dem Land suchen, aber Vorsicht, da krähen die Hähne morgens um 5 Uhr!

BIRGIT PAPPERT, BREMEN

Zum Artikel „Klassenfahrten: Lehrern werden Kosten erstattet“ vom 22. Juni:

Es gibt größere Probleme

Das ist ja nett! Da erzählt das Ministerium in Hannover, Lehrkräfte bekämen „selbstverständlich“ ihre Klassenfahrten bezahlt. An mir selbst ist das merkwürdigerweise vorübergegangen. In immerhin vollen 40 Jahren bekam ich noch nie alle Ausgaben wieder. Obendrein war da etliche Jahre lang eine Erklärung auf völligen Verzicht zu unterschreiben – vorher durfte niemand losfahren.

Übrigens betrachten allerhand Leute solche Fahrten als das reine Vergnügen für faule Lehrer. Ein Schülervater brüllte mich einmal an, ich dürfe „keinen einzigen Cent dafür“ bekommen. Diese Geringschätzung ist besonders eingerissen, seit unser Dienstherr Schröder das Zitat mit den „faulen Säcken“ prägte. Das ist eigenartig in einem Industrieland ohne Rohstoffe, das sich einzig und allein nur auf die Bildung seiner Jugend stützen kann.

Dazu passt, dass überall bei den Schulen geknauert wird. Da sind die Fahrten nur ein kleines Problem am Rande. Die größte Härte ist wohl, dass bis zu 34 Kinder in eine einzige Klasse gestopft werden dürfen – und das, obwohl es oft bei der Landessprache hapert, die verhaltensgestörten Kinder dramatisch mehr werden, und etliche Clans und Gangs viele Schulen aufmischen. Aber leider regt das kaum jemanden auf. GERHARD SCHMIDT, DELMENHORST

REDAKTION LESERMEINUNG
Anschritt: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung · 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.